

# Sitzungsunterlagen

Sitzung des Kreistages

08.05.2023



# Inhaltsverzeichnis

## Sitzungsdokumente

Niederschrift -öffentlich-

5

## Vorlagendokumente

TOP Ö 7 Verabschiedung Kreishaushalt 2023 mit Stellenplan und Finanzplan

05 Haushaltsrede LR Peter Berek 11/212/2023

19

Haushaltsrede CSU 2023 11/212/2023

27

Haushaltsrede FW 2023 11/212/2023

31

Haushaltsrede GRÜNE 2023 11/212/2023

35

Haushaltsrede SPD 2023 11/212/2023

37



# NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES KREISTAGES

---

Sitzungsdatum: Montag, 08.05.2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:50 Uhr  
Ort: im Landratsamt Wunsiedel, Sitzungssaal E.06 - hybrid  
Vorsitzender: Landrat Peter Berek  
Niederschriftführerin: Daniela Hirsche

---

## ANWESENHEITSLISTE

### Vorsitzender

Landrat Peter Berek

### Mitglieder des Kreistages

Kreisrätin Brigitte Artmann	abwesend bei Beschluss TOP 5
Kreisrat Roland Biersack	
Kreisrätin Rita Bieschke-Vogel	Teilnahme digital
Kreisrat Dr. Stefan Brodmerkel	
Kreisrat Jens Büttner	Teilnahme digital, abwesend ab 18:24 Uhr(TOP 7)
Kreisrat Christian Engel	
Kreisrat Harald Filkorn	
Kreisrätin Susann Fischer	Teilnahme digital
Kreisrätin Karin Fleischer	
Kreisrat Torsten Gebhardt	
Kreisrat Horst Geißel	
Kreisrat Stephan Gesell	
Kreisrat Stefan Göcking	
Kreisrat Jürgen Golly	
Kreisrat Holger Grießhammer	
Kreisrat Kai Hammerschmidt	
Kreisrat Jürgen Hoffmann	
Kreisrat Bernd Hofmann	
Kreisrätin Sabrina Kaestner	
Kreisrat Gerd Kögler	
Kreisrätin Friederike Kränzle	Teilnahme digital
Kreisrat Wolfgang Kreil	
Kreisrat Wilfried Kukla	
Kreisrat Nicolas Lahovnik	Teilnahme digital, abwesend ab 18:51 Uhr(TOP 8)
Kreisrat Florian Leupold	
Kreisrat Dr. Christian Medick	
Kreisrätin Christine Medick	
Kreisrat Matthias Müller	Teilnahme digital
Kreisrätin Silvia Müssel	
Kreisrat Willy Neupert	
Kreisrat Jörg Nürnberger	Teilnahme digital, abwesend ab 19:14 Uhr

Kreisrat Ulrich Pötzsch	Teilnahme digital
Kreisrat Andreas Ritter	
Kreisrätin Kornelia Schaffhauser	
Kreisrat MdL Martin Schöffel	abwesend ab 19:47 Uhr
Kreisrat Roland Schöffel	
Kreisrätin Dr. Birgit Seelbinder	
Kreisrat Dr. Klaus von Stetten	abwesend ab 19:45 Uhr
Kreisrätin Martina von Waldenfels	abwesend ab 19:21 Uhr
Kreisrat Oliver Weigel	Teilnahme digital, abwesend ab 18:49 Uhr(TOP 8)
Kreisrat Walter Wejmelka	

### **Verwaltung**

Alexander Bock	anwesend TOP 1 - 2
Tobias Köhler	
Ronald Ledermüller	
Britta Mayer	anwesend bei TOP 9
Stefan Pommerenke	
Frank Schelter	anwesend TOP 8
Kati Sellnow	
Ronja Wunderlich	

### **Weitere Anwesende**

Pöhlmann, Franziska	anwesend bei TOP 1 - 3
Scholz, Melanie	anwesend bei TOP 1 - 3
Rauh, Oliver	anwesend bei TOP 1 - 3

### ***Abwesende und entschuldigte Personen:***

#### **Mitglieder des Kreistages**

Kreisrat Gerald Bauer	
Kreisrätin Rosemarie Döhler	entschuldigt
Kreisrat Frank Dreyer	
Kreisrätin Petra Ernstberger	
Kreisrat Harald Fischer	entschuldigt
Kreisrat Dr. Helmut Muck	entschuldigt
Kreisrätin Dorothea Schmid	entschuldigt
Kreisrat Thomas Schwarz	entschuldigt
Kreisrat Dr. Hans Michael Stockhammer	entschuldigt

## TAGESORDNUNG

### ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Umsetzung des Deutschlandtickets; Erlass einer Allgemeinen Vorschrift  
(Beschl. Nr. 120)
- 2 Imagekampagne Mobilität - kurzes Update
- 3 FichtelApp - kurzes Update
- 4 Verlängerung der Bestellung der Gesundheitsbeauftragten für den Landkreis Wunsiedel i.  
Fichtelgebirge  
(Beschl. Nr. 121)
- 5 Verlängerung der Bestellung des Seniorenbeauftragten für den Landkreis Wunsiedel i. Fich-  
telgebirge  
(Beschl. Nr. 122)
- 6 Bericht über Beteiligungen des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge an privatrechtlich or-  
ganisierten Gesellschaften im Jahr 2021 - Beteiligungsbericht  
(Beschl. Nr. 123)
- 7 Verabschiedung Kreishaushalt 2023 mit Stellenplan und Finanzplan  
(Beschl. Nr. 124)

Landrat Peter Berek eröffnet um 17:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

Beschluss Nr. 120/öffentlich

### **Umsetzung des Deutschlandtickets; Erlass einer Allgemeinen Vorschrift**

Berichterstattung: Bock, Alexander

#### **Sachverhalt:**

Das Deutschlandticket („49-€-Ticket“) wurde zum 01.05. deutschlandweit in einem monatlich kündbaren Abonnement eingeführt. Es ermöglicht den Fahrgästen auf unkomplizierte und verbilligte Art und Weise die Nutzung von Bus und Bahn.

Bund und Länder stellen für das Deutschlandticket ab 2023 jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Hierzu hat der Bund das Regionalisierungsgesetz (RegG) angepasst. Bund und Länder haben sich weiterhin darauf verständigt, dass die notwendige Auskömmlichkeit des Tarifs für das Deutschlandticket gewährleistet wird. Etwaige Mehrkosten, die den Verkehrsunternehmen im Einführungsjahr 2023 entstehen (zu verstehen als Defizite im Bereich der Einnahmen), werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Auch in den Folgejahren wollen Bund und Länder gemeinsam vereinbaren, wie die Finanzierung durch Ticketeinnahmen und Zuschüsse sichergestellt wird.

Auf welche Weise der entsprechende Ausgleich für die Verkehrsunternehmen stattfindet, muss jedoch durch den jeweiligen Aufgabenträger reguliert werden. Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge hat sich, wie viele andere bayerische Landkreise, dazu entschieden, separat für das Deutschlandticket eine neue Allgemeine Vorschrift aufzusetzen und diese beschließen zu lassen. Die Allgemeine Vorschrift basiert auf einer gesamt-bayerischen Musterrichtlinie, die der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge mithilfe seiner Rechtsberatung auf die lokalen Verhältnisse angepasst hat.

Was bedeutet das konkret für den Landkreis?

- Bei den Verkehrsunternehmen entsteht aufgrund der Einführung des 49-€-Tickets ein Defizit auf der Einnahmenseite
- Bund & Länder gleichen dieses Defizit jeweils zur Hälfte aus.
- Die Verkehrsunternehmen errechnen auf Basis der Einnahmensituation aus dem Jahr 2019 ein prognostiziertes Einnahmendefizit.
- Das prognostizierte Einnahmendefizit wird in Form eines Antrags vom Aufgabenträger (Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge) bei Bund/Ländern eingereicht (bereits geschehen, da Abgabefrist 24.04.).
- Nach Genehmigung des Antrags wird dem Aufgabenträger eine Abschlagszahlung in Höhe von 90% des prognostizierten Einnahmendefizits ausbezahlt (die restlichen 10% werden erst im Nachgang – nach Abgabe eines Verwendungsnachweises – ausbezahlt.

- Der Aufgabenträger muss den erhaltenen Betrag nun an die Verkehrsunternehmen weiterreichen.
- Um dies gewährleisten zu können, ist der Beschluss einer Satzung zur Weiterleitung der Ausgleichsleistungen notwendig: neue Allgemeine Vorschrift zum 49-€-Ticket.
- Wie von Bund und Ländern vorgeschlagen, soll die Satzung rückwirkend zum 01.05. in Kraft treten (entspricht dem Starttermin des 49-€-Tickets) und schafft somit eine verbindliche Rechtsgrundlage.
- Erfolgt kein Beschluss dieser Satzung, müssen die Verkehrsunternehmen in Verbindung mit dem Landkreis dieses Einnahmefizit selbst tragen.

Der Satzungstext wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

KR Wilfried Kukla moniert, es sei unverständlich, dass das Deutschlandticket nur digital erhältlich sei, dadurch würden bestimmte Personengruppen von der Nutzung ausgeschlossen.

Herr Alexander Bock teilt mit, dass man aktuell daran arbeite hierfür eine Lösung zu finden, damit niemand von der Nutzung ausgeschlossen sei.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge beschließt die Satzung „Allgemeine Vorschrift zur Regulierung der Ausgleichszahlung für das Einnahmefizit des 49-€-Tickets (Deutschland-Tickets)“ rückwirkend zum 01.05.2023.

**einstimmig beschlossen      Ja 42 Nein 0**

öffentlich

#### **Imagekampagne Mobilität - kurzes Update**

Berichterstattung: Bock, Alexander

#### **Sachverhalt:**

Was ist seit Januar 2023 passiert:

- Vorbereitung des Casting-Aufrufs für unser Gesicht des fichtelverkehrs
- Erstellung eines Soundlogos für den Radio
- Radio-Beiträge beginnen und Social Media wird umgestellt
- Castingaufruf ab Februar 2023 → durch Radio Euroherz begleitet und beworben
- Waren begeistert von den Bewerbungen, da es uns gezeigt hat, dass sich entgegen unserer Erwartungen doch mehr Menschen mit dem ÖPNV im Landkreis identifizieren
- März 2023 → Casting und Auswahl der Gesichter (hier haben wir uns für 5 Bewerber entschieden, die vom jeweiligen Charakter sowie der Einsatzmöglichkeit sehr unterschiedlich sind und sich aber insgesamt perfekt ergänzen)
- Gewinner wurden ebenfalls über Radio Euroherz vorgestellt

Ausblick 2023:

- Planung der Foto-Shootings zusammen mit unserem Fotografen (Apr./Mai)
- Interne Planung hinsichtlich der weiteren Social Media Strategie
  - o Kleine Videoclips zu unseren (neuen) Mobilitätsangeboten z.B. „wie buche ich ein fichtelBAXI/fichtelflexi“
  - o Live aus der Fahrtwunschzentrale (Blick hinter die Kulissen)
  - o Evtl. einen Blog zusammen mit dem FGV (Fahrrad- und Freizeitbus und mögliche Wanderungen)
- Vorbereitungen der nächsten Aktion zusammen mit Radio Euroherz (Juni/Juli)
- Planung einer Aktion für die Sommerferien/ im Sommerloch
- Erneute Aktion zusammen mit Radio Euroherz für Herbst 2023 geplant
- Des Weiteren wird gerade ein Radiospot für ein Dauerrauschen im Radio erstellt, den wir unabhängig von den Aktionen über die komplette Dauer der Kampagne bei Radio Euroherz senden wollen

Weitere Details werden in der Sitzung von Herrn Alexander Bock mittels einer Präsentation dargestellt.

Die Präsentation wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

Auf die Nachfrage von KR Dr. Stefan Brodmerkel, welche Planungen es im Hinblick auf den VGN-Beitritt für eine Verzahnung der Imagekampagne für den ÖPNV mit dem Marketingkonzept des VGNs gebe, erläutert Herr Alexander Bock, dass man davon ausgehen könne, dass der VGN keine Einwände gegen das Marketing des Landkreises haben werde und auch die Namen der einzelnen Angebote des Landkreises beibehalten werden könnten. Ein gewisses Mindestmaß zur Übernahme des VGN-Brandings werde es dergestalt geben, indem VGN-Logos auf den Bussen, Fahrplänen, Tafeln etc. angebracht würden. KR Dr. Stefan Brodmerkel weist auf die Wichtigkeit hin, dass das Marketing des Landkreises für den ÖPNV nicht gänzlich vom VGN-Branding überlagert werde und der VGN auch Strategie des Landkreises hinsichtlich der Imagekampagne für den ÖPNV mit übernehme. Landrat Peter Berek betont, es sei entscheidend, dass der Landkreis seinen eigenen Weg gehe, aber in Verzahnung mit dem VGN.

**zur Kenntnis genommen          Anwesend 42**

öffentlich

### **FichtelApp - kurzes Update**

Berichterstattung: Scholz Melanie und Pöhlmann Franziska

### **Sachverhalt:**

Die FichtelApp wurde am 28.07.2022 offiziell für die Betriebssysteme iOS und Android veröffentlicht. Die App verfolgt das Ziel sich als zentrales Informationsmedium für Bürgerinnen und Bürger, sowie für Touristinnen und Touristen zu etablieren. Sie bietet dabei einen Überblick über Veranstaltungen, Übernachtungsmöglichkeiten, Gastronomieangebote, Touren & Wege, Läden & Betriebe, Sehenswertes, Aktivitäten und weitere informative Points-of-Interest.

Die Integration einer niederschweligen ÖPNV-Anbindung soll zukünftig noch einen weiteren Mehrwert für die Nutzerinnen & Nutzer bieten.

Seit Veröffentlichung erfreut sich die FichtelApp großer Beliebtheit und verzeichnet einen stetig wachsenden Nutzerkreis. Folgende Kennzahlen verdeutlichen dies:

Downloads: ca.11.000

App-Aufrufe: gesamt: ca. 70.000, monatlich: ca. 7.500, täglich: ca. 250

Für den langfristigen Erfolg der FichtelApp spielt ins besondere die Aktualität der Daten eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund wurde die Datenbank der Tourismuszentrale Fichtelgebirge auch als zentrale Datenbank für die FichtelApp gewählt. Diese wird neben der Tourismuszentrale auch von weiteren Mitarbeitern aus den Landkreiskommunen gepflegt und bietet somit die größtmögliche Chance auf Aktualität.

Weiterhin wurden innerhalb der App Möglichkeiten etabliert, die es Bürgerinnen & Bürgern, Vereinen und auch Unternehmen ermöglichen eigenständig Veranstaltungen oder Nachrichten zu melden, die nach einer kurzen Prüfung vom FichtelApp-Team veröffentlicht werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Regionalapp als zentralen Infopunkt für aktuelle Veranstaltungen zu stärken. Die App lebt demnach auch von der aktiven Beteiligung aller Akteure im Landkreis. Da für die Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer neben der Aktualität & Vollständigkeit der Daten auch die Bedienerfreundlichkeit entscheidend ist, werden Rückmeldungen stetig geprüft und Verbesserungen erarbeitet.

In Zusammenarbeit mit der Tourismuszentrale Fichtelgebirge wird weiterhin an der Abbildung des gesamten Fichtelgebirges innerhalb der App und der stärkeren Vermarktung der FichtelApp innerhalb des Gastgewerbes gearbeitet.

Anhand einer Präsentation werden von Frau Franziska Pöhlmann und Frau Melanie Scholz ausführlich weitere Details zur FichtelApp dargestellt.

Die Präsentation wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

Im Rahmen einer ausführlichen Aussprache werden unter anderem das geplante Marketing für die App, eine künftige Nutzung als digitale Gästekarte und das Feedback der Nutzer, sowie weitere Verbesserungen an der Nutzerfreundlichkeit erörtert.

KR Kai Hammerschmidt schlägt vor, dass alle Kreistagsmitglieder die App über ihre social media-Kontakte teilen sollten.

Der Kreistag nimmt das Update zu Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen      Anwesend 42**

Beschluss Nr. 121/öffentlich

### **Verlängerung der Bestellung der Gesundheitsbeauftragten für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge**

Berichterstattung: Berek, Peter

#### **Sachverhalt:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 18.05.2020 beschlossen die ehrenamtliche Stelle eines/einer Gesundheitsbeauftragten des Landkreises zu installieren und gleichzeitig Frau Kreisrätin Kornelia Schaffhauser auf die Dauer von 3 Jahren zur Gesundheitsbeauftragten bestellt.

Die Bestellung von Frau Kornelia Schaffhauser endet zum 30. April 2023.

Frau Schaffhauser hat die Funktion der Gesundheitsbeauftragten des Landkreises in den vergangenen Jahren mit großem Engagement ausgefüllt und sich mit großem persönlichen Einsatz für die Bereiche Gesundheitswesen, ärztliche Versorgung und Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten für die Region eingesetzt.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig die Stelle der Gesundheitsbeauftragten als Bindeglied zwischen allen Akteuren im Gesundheitsbereich des Landkreises ist, zumal der Landkreis eine der vom Freistaat geförderten Gesundheitsregionen<sup>plus</sup> ist.

Im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen vor denen der Bereich Gesundheit auch in Zukunft stehen wird, ist es wichtig und notwendig, dass die Gesundheitsbeauftragte des Landkreises auch sich weiterhin Impulse für die vielfältigen Aufgabengebiete wie Gesundheitsförderung, Prävention, ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und Akquise auf dem Gebiet der Fach- und Hausärzte gibt.

### **Beschluss:**

Der Kreistag bedankt sich bei Frau Kornelia Schaffhauser für ihr herausragendes Engagement im Bereich des Gesundheitswesens im Landkreis in den vergangenen Jahren und verlängert ihre Bestellung als ehrenamtliche Gesundheitsbeauftragte des Landkreises um weitere 3 Jahre, bis zum 30. April 2026.

**einstimmig beschlossen      Ja 42 Nein 0**

Beschluss Nr. 122/öffentlich

### **Verlängerung der Bestellung des Seniorenbeauftragten für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge**

Berichterstattung: Berek, Peter

### **Sachverhalt:**

Der Kreistag hat im Jahr 2014 die ehrenamtliche Stelle eines Seniorenbeauftragten für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge geschaffen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird eine kluge, nachhaltige Seniorenpolitik zunehmend wichtiger. Die Bedürfnisse der „modernen“ Seniorinnen und Senioren haben sich in den letzten Jahren geändert. Um den älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben mit hoher persönlicher Lebensqualität im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen sind bedarfsgerechte, ortsnahe Angebote in den Bereichen Versorgung, Freizeitgestaltung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport notwendig. Um den Belangen der älteren Menschen gerecht zu werden und diese an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen, ist es wichtig die Seniorinnen und Senioren aktiv einzubinden.

Der Seniorenbeauftragte des Landkreises nimmt hier eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen der älteren Generation, den Kommunen und Sozialverbänden ein und trägt zu einer öffentlichen und politischen Wahrnehmung und Sensibilisierung für die vielfältigen Bedürfnisse von Senioren und erforderlichen Strukturen für die älteren Menschen bei.

Momentan wird an der Fortschreibung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge gearbeitet, die in der nächsten Kreistagssitzung vorgestellt werden soll.

Mit Beschluss des Kreistages vom 18. Mai 2020 wurde Herr Konrad Scharnagl, der die Stelle des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten bereits seit 01. September 2020 inne hat, für weitere 3 Jahre als Seniorenbeauftragter bestellt.

Die Bestellung von Herrn Scharnagl endet zum 30. April 2023.

Herr Konrad Scharnagl hat die Stelle des Seniorenbeauftragten bislang in hervorragender Weise wahrgenommen. Er hat auch seine Bereitschaft erklärt, dieses Engagement für die Seniorinnen und Senioren des Landkreises für weitere 3 Jahre fortzuführen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag bedankt sich bei Herrn Konrad Scharnagl für seine ehrenamtliche Tätigkeit für die Seniorinnen und Senioren des Landkreises in den vergangenen Jahren und verlängert seine Bestellung als Seniorenbeauftragter des Landkreises um weitere 3 Jahre, bis zum 30. April 2026.

**einstimmig beschlossen            Ja 41    Nein 0**

Beschluss Nr. 123/öffentlich

### **Bericht über Beteiligungen des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge an privatrechtlich organisierten Gesellschaften im Jahr 2021 - Beteiligungsbericht**

Berichterstattung: Pommerenke, Stefan

### **Sachverhalt:**

Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge ist an verschiedenen Unternehmen des Privatrechts beteiligt. Dabei sind Beteiligungen dieser Art nur möglich, wenn

- ein öffentlicher Zweck das Unternehmen erfordert,
- das Unternehmen in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht,
- die Aufgaben des Unternehmens für die Wahrnehmung außerhalb der allgemeinen Verwaltung geeignet sind und
- bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Der Landkreis hat jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen. In den Bericht sind nur die Unternehmen mit einer mindestens fünfprozentigen Beteiligung aufzunehmen. Diese Bagatellregelung entlastet den Landkreis bei einer sehr geringen Beteiligung.

Der Bericht soll dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben trotz privatrechtlicher Ausgliederung für die Kommune und den Bürger transparent bleibt. Dies geschieht durch eine kurze Beschreibung des Unternehmens und seines Geschäftsverlaufs im Berichtsjahr, Auszüge aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz. Außerdem wird eine kurze Übersicht über die Haftungsverhältnisse zur jeweiligen Beteiligung gegeben.

Ergänzend ist nachrichtlich noch die Mitgliedschaft des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge in Zweckverbänden aufgeführt.

Der Bericht wurde den Kreisräten im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Zusätzlich ist ortsüblich darauf hin zu weisen, dass jeder Einsicht in den Bericht nehmen kann.

KR Wilfried Kukla erklärt, dass die Grünen-Fraktion die Beteiligung und Planungen am Kornberg ablehnte, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass sich diese Planungen hinsichtlich der Kontroversen mit dem Naturschutzgesetz vor Gericht wiedergefunden hätten und aktuell deshalb eine zweite Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müsse. Außerdem weigere sich die Kornberg GmbH nach wie vor den Kreistagsmitgliedern ihren Businessplan zur Kenntnis zu geben. Für seine Fraktion sei der stille Freizeitwert im Fichtelgebirge als besonders hoch einzuschätzen.

#### **Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**mehrheitlich beschlossen      Ja 37 Nein 5**

Beschluss Nr. 124/öffentlich

#### **Verabschiedung Kreishaushalt 2023 mit Stellenplan und Finanzplan**

Berichterstattung: Pommerenke, Stefan

#### **Sachverhalt:**

In der Sitzung des Kreistages am 12. Dezember 2022 wurden erste Zahlen zum Kreishaushalts 2023 präsentiert. Der Entwurf wurde am 6. März 2023 vorgestellt. Zwischenzeitlich haben der Jugendhilfeausschuss, der Sozialhilfeausschuss ihre Teilbereiche des Haushalts vorberaten. Die Ausschüsse haben jeweils einen Empfehlungsbeschluss für ihren Bereich abgegeben.

Verschiedene kleine Änderungen (z. B. Bescheid über Schlüsselzuweisung), die sich zwischenzeitlich im Verwaltungshaushalt ergeben haben, wurden in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Weiterhin wurde gegenüber dem eingebrachten Haushalt bei verschiedenen Haushaltsstellen die Finanzplanung angepasst sowie Haushaltsstellen mit Ansatz 0 € neu eröffnet bzw. in Ringe aufgenommen.

Bei der Entscheidung über die Kreisumlage ist nicht nur der eigene Finanzbedarf, sondern auch der der umlagepflichtigen Gemeinden einzubeziehen. Dies erfolgte mit einem Rückgriff auf die bei der Rechtsaufsicht vorhandenen Daten.

Dieser wurde allen Mitgliedern des Kreistages zugänglich ins Räteportal eingestellt und dient als Grundlage der Abwägung über die Höhe der Kreisumlage.

Landrat Peter Berek als auch die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, KR Dr. Stefan Brodmerkel, KR Holger Grießhammer, KR Dr. Klaus von Stetten und KRätin Brigitte Artmann tragen ihre jeweiligen Stellungnahmen zum Haushalt 2023 des Landkreises vor.

Diese Stellungnahmen werden zu Bestandteilen der Niederschrift erklärt.

Landrat Peter Berek betont, was alle Kreistagsmitglieder – trotz zum Teil unterschiedlicher Sicht auf die Themen – eine, sei, dass sich jeder mit aller Kraft für die Heimat einsetze.

KR Christian Engel erklärt, dass die Schuld für die Probleme den Kreistagskollegen einerseits auf München und andererseits auf Berlin geschoben würde, er jedoch keinerlei Lösungsansätze und damit Zukunftsperspektive für die Menschen im Landkreis erkennen könne.

Hierzu entgegnet Landrat Peter Berek, dass die Herausforderungen zu komplex seien und es für die einzelnen Themen deshalb auch nicht die eine Antwort gebe. Es sei deshalb besonders wichtig, die Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen und diese mitzunehmen.

### **Beschluss:**

1. Unter Würdigung des Finanzbedarfs des Landkreises und den aller umlagepflichtigen Gemeinden sieht der Kreistag die vorgeschlagene Kreisumlage von 49,9 % als angemessen an.
2. Aufgrund einer zeitlichen Neuordnung einzelner Maßnahmen im Vermögenshaushalt wird von bereits genehmigten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19.350.000 € aus früheren Haushaltsjahren kein Gebrauch mehr gemacht. Der jeweils (neu) benötigte Betrag wird - unter Berücksichtigung des Haushaltsjahres bzw. der Haushaltsstelle, in/bei dem/der der Bedarf besteht - als neue Verpflichtungsermächtigung festgesetzt. Gleichzeitig werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.900.000 €, von denen aufgrund früherer Beschlüsse kein Gebrauch mehr gemacht werden soll, trotzdem benötigt.
3. Auf die Verlesung der Haushaltssatzung wird verzichtet.
4. Folgende Haushaltssatzung des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge für das Haushaltsjahr 2023 wird beschlossen:

## **Haushaltssatzung**

### **des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge für das Haushaltsjahr 2023**

Aufgrund der Art. 57 ff der Landkreisordnung erlässt der Landkreis folgende Haushaltssatzung:

#### **§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird hiermit festgesetzt; er schließt im Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und  
Ausgaben mit 124.639.830 EUR

und im Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und  
Ausgaben mit 22.278.864 EUR

ab.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 2.980.589 EUR neu festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 27.205.000 EUR festgesetzt.

## § 4

(1) Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs, der nach Art. 18 ff des Finanzausgleichsgesetzes als Kreisumlage auf die kreisangehörigen Gemeinden umzulegen ist, wird für das Haushaltsjahr 2023 auf 48.499.204,71 EUR (Umlagesoll) festgesetzt.

(2) Die Kreisumlage wird in Vomhundertsätzen aus nachstehenden Umlagegrundlagen bemessen:

Vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung festgestellte Bemessungsgrundlagen

a) der Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A)	353.926 EUR
b) der Grundsteuer für Grundstücke (B)	8.081.574 EUR
c) der Gewerbesteuer	35.858.925 EUR
d) aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	29.827.230 EUR
e) aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	6.584.483 EUR
f) 80 % der Schlüsselzuweisungen, auf die die kreisangehörigen Gemeinden im Haushaltsjahr 2021 Anspruch hatten	16.486.657 EUR
	<u>97.192.795 EUR</u>

(3) Nach Art. 18 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes wird der Hebesatz für die Kreisumlage einheitlich auf 49,9 v. H. festgesetzt.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 25.000.000 EUR festgesetzt.

## § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2023 in Kraft.

Wunsiedel, 08. Mai 2023  
Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Peter Berek  
Landrat

Nachrichtlich:

Folgende Hebesätze für die nachstehenden Kreissteuern wurden durch Hebesatzsatzung wie folgt festgesetzt:

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer  |          |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 500 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B)                              | 500 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer  | 500 v.H. |

**einstimmig beschlossen      Ja 41 Nein 0**

**ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG**

Peter Berek  
Landrat

Daniela Hirsche  
Protokollführung



# Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge



## Haushaltsrede von Landrat Peter Berek

zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023  
in der Kreistagssitzung vom 08.05.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie jedes Jahr und wie in jeder kommunalen Gebietskörperschaft ist die heutige KT-Sitzung als sog. Haushaltssitzung ein markanter Punkt im Terminkalender von uns allen. Die Haushaltsverabschiedung zeichnet dabei immer den Abschluss eines langen Prozesses, der die Landkreis-Verwaltung und alle Gremien sowohl zeitlich als auch inhaltlich fordert.

In dieser Periode gilt das umso mehr. Bereiterste finanzielle Auswirkungen und Einschätzungen, z.B. durch die absehbar steigenden Energiekosten, durch die Zinserhöhungen, durch die Sozialkosten oder durch die Kosten der Gesundheitsversorgung, haben wir in die Gremien eingebracht.

In einem Jahr, in dem sich ein nie dagewesener Kraftakt abzeichnete, war uns höchste Transparenz wichtig. Neben den Kreisgremien war es in besonderem Maße auch geboten, die Riege der Oberbürgermeister/Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in die Diskussion von Beginn an einzubinden. Dies nicht nur als Ausfluss des Forchheimer Urteils, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass es uns nahezu aufgetragen ist, eben auch mit denjenigen zu sprechen, die über die Kreisumlage einen erheblichen Anteil der Landkreisfinanzierung zu leisten haben.

Ich möchte deshalb bereits an der Stelle allen danken, die sich in so vielen Stunden gemeinsam auf den Weg gemacht haben, um den heute zur Verabschiedung anstehenden Haushalt zu erstellen.

Danke zunächst den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei mit Kreiskämmerer Stefan Pommerenke und unserem stv. Kämmerer Martin Rogler an der Spitze.

Ich danke aber auch und ausdrücklich allen Kreisrätinnen und Kreisräten, den Fraktionsvorsitzenden, den Beauftragten des Kreistags und den stv. Landräten für die investierte Zeit in den Sitzungen der Fraktionen, des Kreisausschusses, der Fachausschüsse und des Kreistages. Solches Engagement darf auch mal ins Schaufenster gestellt werden als Kernelement einer kommunalen Selbstverwaltung, die für mich das starke Fundament unsere Demokratie darstellt.

Wie bereits angedeutet, wird das Zahlenwerk 2023 überwiegend von großpolitischen Entwicklungen beeinflusst, die sich in nahezu allen Teilen des Haushalts in finanziellen Belastungen zeigen. Mehr als zwei Jahre Pandemie sowie mehr als ein Jahr Krieg in der Ukraine fordern uns nicht nur gesellschaftlich, sondern zeigen auch enorme finanzielle Auswirkungen – bei den Bürgerinnen und Bürgern aber auch in den öffentlichen Kassen.

Umso wichtiger war es uns in diesem Jahr, einen Spagat zu schaffen zwischen dem sprichwörtlichen spitzen Bleistift und einem vertretbaren Fundament zur Aufgabenerfüllung und Kreisentwicklung. Nun ist der Landkreis Wunsiedel i. F. spätestens seit der Porzellankrise bekannt für seine höchst schwierigen Haushalte. Dank staatlicher Unterstützung ist es zwar gelungen, die letzten Jahre etwas Entspannung zu erreichen. Der Landkreis-Haushalt 2023 fügt sich allerdings nahtlos in die Zeit des Niedergangs der Leitindustrie ein.

Zu Recht stellt sich die Frage, warum unser Landkreis erneut zu denen in Bayern gehört, welche von den Herausforderungen besonders betroffen sind. In einem komplexen System gibt es dafür natürlich viele Antworten und eben nicht die eine Wahrheit. Der Ausgangspunkt ist allerdings noch immer der gleiche. Unser Landkreis hatte in den letzten 30 Jahren einen Strukturwandel zu begleiten, der in Bayern seines Gleichen sucht. Kein Landkreis in Bayern hat seit 1995 über 18 % Bevölkerung verloren, auch nicht unsere benachbarten Landkreise. Kein Landkreis in Bayern verlor in kürzester Zeit so viele Arbeitsplätze. Kein Landkreis in Bayern hat Arbeitsmarktdaten wie wir. Und bei aller Erholung in den letzten Jahren stehen wir doch noch am Ende des Feldes. Bei den Demografie-Daten ist es ähnlich.

Unter diesem Aspekt müssen auch die vielen Bemühungen um die Ansiedlung weiterer Arbeitsplätze gesehen werden. Noch immer fehlen uns zu der Zeit vor dem Einbruch der Porzellanindustrie mehrere Tausend Arbeitsplätze. Um wirklichen Zuzug zu generieren – und den brauchen wir, weil alle unsere Systeme danach ausgerichtet sind – braucht es einfach Arbeitsplätze. Da reicht es auch nicht, von Homeoffice-Arbeitsplätzen von Firmen in Ballungsräume zu träumen. Solche Entwicklungen können einen Beitrag leisten aber keinen Umschwung generieren.

Gott sei Dank ist in den letzten Jahren unter Landrat Dr. Karl Döhler viel passiert. Ohne die Unterstützung des Freistaates Bayern, ohne die **Strukturhilfen**, ohne **Stabilisierungshilfen**, ohne **Behördenverlagerungen**, ohne FONOB uvm. wäre unsere Lage ungleich schlechter.

So hat sich die **Steuerkraft** in den letzten Jahren wirklich positiv entwickelt. Wir befinden uns mit 1.129,77 Euro in Bayern immerhin auf Platz 49 von 71. Der Durchschnitt in Bayern liegt trotzdem noch immer um 250 Euro über unserem Landkreis. Der **Finanzausgleich** hilft uns aber, die Differenz zum Landesdurchschnitt auf 161 Euro zu verkleinern.

Der Haushalt 2023 zeigt aber auf sehr deutliche Art und Weise, dass wir eben nicht nachgeben dürfen. Wir sind noch lange nicht soweit, wie wir uns alle das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse vorstellen.

Ich bin an der Stelle allen dankbar, die sich auf allen Ebenen vor allem politisch vehement für unsere Belange einsetzen. Die Kabinettsitzung letzte Woche in unserem Landkreis ist auch in diesem Zusammenhang ein wichtiges Zeichen gewesen. Bayern findet eben nicht nur in den Ballungszentren statt – das zeigte die Staatsregierung mit diesem Besuch.

Bereits zu Beginn der diesjährigen Haushaltsberatungen zeichnete sich eine erhebliche Erhöhung der **Kreisumlage** ab. Am Ende benötigt es einer Erhöhung vom 3,5 % - eigentlich für den Landkreis zu wenig und gleichzeitig für die Städte und Gemeinden zu viel. Auch diese Erhöhung gehört zur Spitze in Bayern, wir landen damit bei 49,9 %.

Eine weitere Erhöhung konnte nur unterbleiben, weil jeglicher Spielraum herausgenommen wurde. Auch die Rücklagen mussten komplett aufgebraucht werden. In diesem Zusammenhang klingt das Wort Konsolidierungswille fast schon zynisch.

Es ist nur konsequent, dass wir unter diesen Umständen **freiwillige Leistungen** weiterhin auf ein Minimum beschränken und hierfür inklusive der Unterstützung für die Luisenburg, für das Rosenthal-Theater und für das Egerland-Kulturhaus, lediglich 0,43 % des Haushaltsvolumens einplanen.

Unter diesen Vorzeichen die Kreisentwicklung auf Grundlage des Konzepts „Smartes Fichtelgebirge – smart, nachhaltig, resilient“ weiterzuführen, ist herausfordernd – aber dringend geboten, um die Entwicklungen der letzten Jahre nicht zu konterkarieren. Es war uns in den Haushaltsberatungen deshalb auch wichtig, alle Projekte im Landratsamt in den Fraktionen darzustellen, zu diskutieren und nachzuschärfen.

Das Haushaltsvolumen des Jahres 2023 liegt bei 146.958.854 € wobei 124.679.990 € dem Verwaltungs- und 22.278.864 € dem Vermögenshaushalt zuzurechnen sind. In den Haushalt eingestellt sind auch Kreditaufnahmen von 2,981 Mio. Euro, denen Tilgungen von 4.831 Mio. Euro gegenüberstehen. Wie sich hier mögliche Einnahmereste auswirken, bleibt abzuwarten.

Die Folgen der großpolitischen Ereignisse der letzten Jahre finden sich quer durch den Haushalt 2023 wieder. Inflation, Preiserhöhungen, steigende Energiekosten, Zinserhöhungen, Tarifierhöhungen beeinflussen die Ausgaben enorm. Insbesondere im Bereich des laufenden Betriebs der Landkreisschulen ist deshalb ein erhöhter Zuschussbedarf von 1,25 Mio. Euro notwendig.

Im Übrigen dominiert die Ausgaben des Verwaltungshaushalts der Einzelplan 4, Soziale Sicherung, mit 40,8 Mio. Euro, das sind 32,7 % (Vorjahr: 27.2 %) des Gesamtvolumens. Der Zuschussbedarf mit 18,4 Mio. Euro liegt um 2,5 Mio. Euro höher als im Jahr 2022 und ist Folge verschiedener Entwicklungen, u.a. den Folgen der Pandemie oder der weiteren Zuteilung von Flüchtenden, die im Bereich Sozial- und Jugendhilfe durchschlagen.

Im Einzelplan 5 findet sich die Gesundheitsversorgung, u.a. auch die Verschneidung zum KU Klinikum Fichtelgebirge wieder. Hier spürt der Landkreis geballt die Folgen der Pandemie und der seit Jahren unzureichenden Krankenhausfinanzierung. Trotz vieler angestoßener Entwicklungen wie Geriatrie, Kardiologie, Sportchirurgie oder Ärzte-Kooperationen lassen es die aktuellen Rahmenbedingungen nicht zu, einen wenigstens annähernd wirtschaftlichen Betrieb zu gewährleisten. Dies gilt aktuell für nahezu 90 % der bayerischen Kliniken, solches kann man nur als Systemversagen auf Kosten der Patienten, insbesondere in den ländlichen Räumen bezeichnen. Verbleibt es dabei, dass keine Finanzhilfen bereit gestellt werden, kann der im Haushalt 2023 für das Klinikum und das MVZ eingestellte Zuschussbetrag von rd. 3,2 Mio. Euro das voraussichtliche Defizit des Klinikums nicht decken.

Sehr erfreulich im Bereich Gesundheit ist die inzwischen etablierte Gesundheitsregion Plus. Mit bayernweit beachteten Projekten wie Ärztebus oder Stipendienprogramm für Ärzte trägt unsere Projektarbeit entscheidend dazu bei, dass die Gesundheitsregionen künftig als Pflichtaufgabe in die Routine geführt und vom Freistaat Bayern finanziert werden sollen.

Der erhöhte Zuschussbedarf in Einzelplan 7 mit 0,6 Mio. Euro wird wesentlich von erhöhten Aufwendungen für den ÖPNV beeinflusst, auch hier bedingt durch die insgesamt gestiegenen Kosten. Auch hier dürfen wir in den Anstrengungen nicht nachlassen. Wir alle wissen, dass Mobilität in einer Region sowie deren verkehrliche Anbindung entscheidend für eine regionale Entwicklung ist. Es war höchste Zeit, dass nunmehr der Beitritt zum VGN möglich wurde. Und es wird höchste Zeit, dass endlich die Elektrifizierung der Bahn in Nordostbayern vorangeht. Auch der Lückenschluss von der tschechischen Grenze zur A 93 muss endlich kommen.

Ein letzter Blick im Verwaltungshaushalt gilt dem gesamten Strauß an Projekten. Unser Landkreis gehört wohl zu den Besten, wenn es um die Akquise von Fördermitteln geht. Klimaschutz, Energiewende, Photovoltaik, Fairtrade, Wasserstoff, Dekarbonisierung, Biodiversität, Transformation, Leerstandsmanagement, energetische Sanierungen uvm. heißen die Handlungsfelder unseres Kreisentwicklungskonzepts. Dafür suchen wir Ausschreibungen und bewerben uns immer und ausschließlich dann, wenn Projektgelder unserem Konzept dienlich sein können. Wir vermeiden damit planlose Inanspruchnahme öffentlicher Gelder, das dient unserem eigenen Fokus und sollte auch im Sinne des Steuerzahlers sein.

Kreisentwicklung heißt für uns auch Ausbau der kommunalen Kooperationen. Die vielen positiven Beispiele werden aktuell um das Thema Flächenmanagement und die Radon-Beratungsstelle erweitert. Die nächsten Themen stehen schon in der Pipeline. Gemeinsam geht es eben besser.

Der **Vermögenshaushalt** hält überwiegend Mittel für die Investitionen im Schul- und Turnhallenbereich bereit. Die Dreifachhallen in Selb und Marktredwitz gehören genauso dazu wie die nächsten Schritte für die Generalsanierung des Otto-Hahn-Gymnasiums in Marktredwitz und für das Designstudio Selb für die Fachschule und den Studiengang Design. Diese Investitionen zeigen, dass wir gerade im Bereich Bildung und Sport und damit in die Bildung und körperliche Ertüchtigung unserer Kinder und Jugendlichen investieren. Besser können wir unser Geld nicht anlegen, davon bin ich überzeugt.

Ich möchte mit drei Punkten abschließen, die mir wichtig sind und die, so glaube ich, im Sinne des ganzen Kreistages sind:

1. Wir brauchen weiterhin eine Strukturpolitik des Freistaats und auch des Bundes für den ländlichen Raum, um gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern und Deutschland zu ermöglichen. Das hilft neben den ländlichen Räumen gerade auch den Metropolen und dient somit dem Gesamten.
2. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht muss gerade bei finanzschwachen Kommunen hochgehalten werden. Denn nur, wenn die Menschen vor Ort an ihrer Heimat mitgestalten dürfen – und dazu braucht es einer faktischen Finanzhoheit – werden wir unser Land gleichwertig entwickeln können. Gleichzeitig stärken wir damit die Demokratie an der Basis.

Denn wenn Bürgerinnen und Bürger Teil der Entwicklung ihrer Heimat, Ihres Landkreises sein dürfen, entziehen wir den Nährboden für Extremismus.

3. Wir brauchen im staatlichen und kommunalen Handeln den Mut zu weniger statt mehr.

Wir brauchen nicht ständig mehr Stellen und Aufgaben, wir müssen Entschlacken, wir brauchen weniger Bürokratie, wir brauchen effizientere Verfahren und wir brauchen mitunter auch vernünftiger Standards. Das alles brauchen wir aus finanziellen Gründen, aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und erneut auch für unsere Demokratie. Denn je komplexer und bürokratischer unser Tun ist, umso weniger haben unsere Bürgerinnen und Bürger die Chance der Teilhabe.

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

ich bitte Sie vor diesem Hintergrund um Ihre geschätzte Zustimmung zum vorliegenden Haushalt 2023.

Ich bitte Sie um ein starkes Signal der Geschlossenheit über Fraktionsgrenzen hinaus.

Zeigen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, dass wir gerne in der Sache ringen, dass wir aber auch in der Lage sind, das wichtigste Zahlenwerk unseres Landkreises so vorzubereiten, dass sich alle Kreisrätinnen und Kreisräte dahinter vereinen können.

Nochmals herzlichen Dank

- dem Kreistag, der kommunalen Familie,
- der Landkreis-Verwaltung
- den staatlichen Ebenen
- der Bürgerschaft, der Wirtschaft, den sonstigen Betrieben und Einrichtungen
- den Medien für die gute Begleitung.

Peter Berek  
Landrat



Sehr geehrter Herr Landrat,  
 Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
 Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Landkreis Wunsiedel ist der diesjährige Haushalt eine große Herausforderung, wenn nicht sogar die größte der letzten Jahrzehnte. Vor zwei bis drei Jahren hatte es sich noch abgezeichnet, dass die Stabilisierungshilfen des Freistaates und die zahlreichen Förderprogramme die Haushaltslagen der Gemeinden unseres Landkreises und des Landkreises selbst nachhaltig verbessern. Bereits letztes Jahr wurde im Kreishaushalt kräftig abgespeckt, um die Gemeinden nicht durch eine Erhöhung der Kreisumlage zu belasten. In diesem Jahr setzt sich der Trend eines stark belasteten Haushalts fort. Stabilisierungshilfen und Förderprogramme können die Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt bei weiten nicht auffangen.

Der Verwaltungshaushalt schwillt dabei auf über 124 Mio. Euro an. Wir haben Mehrausgaben im Vergleich zum letzten Jahr von rund 7 Mio. Euro zu leisten, obgleich an verschiedensten Stellen Einsparungen vorgenommen werden. Den Löwenanteil machen dabei die erhöhten Energiekosten für Strom und Heizung, die Erhöhung der Ausgaben für das Wohngeld und die deutlich gestiegenen Ausgaben in der Jugendhilfe aus. Die damit verbundenen Aufgaben hat der Landkreis zu erfüllen, dazu stehen wir auch. **Die Ausgabenmehrung ist Folge einer ideologisierten Politik der Bundesregierung, die die Folgen ihres Handelns offenbar nicht sehen will.** Wer das Stromangebot künstlich verknappt und in der derzeitigen weltweit angespannten Lage nicht bereit ist, auch nur darüber nachzudenken, Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, der nimmt das ganze Land in den Würgegriff grüner Glaubenssätze, fernab jeder pragmatischen und lösungsorientierten Politik. Das trifft die Bürger, das trifft die Wirtschaft, das trifft die Kommunen. Als Landkreis müssen wir Mittel für Energie aufbringen, die wir lieber in Schulen und Straßen investiert hätten. **Insgesamt haben wir rund 1,8 Mio. Euro Mehrkosten für Energieausgaben zu schultern.**

Gleiches erleben wir bei der Ausweitung der Anspruchsberechtigten für Wohngeld. Wenn die Bundesregierung der Meinung ist, solche Wohltaten beschließen zu können, dann darf sie sich nicht wegducken, wenn es ans Zahlen geht. Das betrifft nicht nur die Auszahlungen selbst sondern auch die notwendige Ausstattung mit Mitarbeitern. Die Mittel, die hier aufzuwenden sind, werden bei weiten nicht vollends erstattet. Es ist unlauter dabei nur auf die Länder und ihre Vollzugszuständigkeit zu zeigen.

Ein letztes, bereits vielfach thematisiertes Beispiel, ist das Wegschauen der Bundesinnenministerin bei den Schwierigkeiten und Problemen, die der hohe Zustrom an Flüchtlingen mit sich bringt. Als Landkreis sind wir hier mit Mitteln für die Jugendhilfe

betroffen. Noch viel stärker sind unsere Gemeinden belastet, die Schulen und Kindergärten bauen müssen.

Obwohl wir uns auch der Belastung für die Gemeinden bewusst sind, muss der Landkreis dennoch die Kreisumlage um 3,5 %-Punkte anheben. Das hätte es nicht gebraucht, wenn wir – der Landkreis, seine Gemeinden und Bürger – nicht für die Politik der Bundesregierung bezahlen müssten.

Gleichwohl lässt sich am Haushalt auch ablesen, wie bemüht die Verwaltung mit unserem Landrat an der Spitze ist, freie Mittel zu erwirtschaften. Aus dem Verwaltungshaushalt können an den Vermögenshaushalt rund 4,8 Mio. Euro zugeführt werden. **Das ist das Ergebnis detaillierter Arbeit an den einzelnen Haushaltspositionen. Dafür gilt der gesamten Verwaltung unser Dank.** Wir sind bei der ersten Vorstellung im Kreisausschuss mit einer drohenden Kreisumlagerhöhung von 11 %-Punkten gestartet. Dass daraus am Ende „nur“ 3,5 %-Punkte geworden sind, ist Resultat einer strengen Haushaltsdisziplin und auch einiger schmerzlicher Kürzungen. Eine solche Veränderung lässt sich nicht mit pauschalen Kürzungen über alle Haushaltsstellen hinweg erreichen, sondern verlangt ein Durchprüfen jedes einzelnen Postens. Das ist ein wichtiges Signal an die Gemeinden. **Der Landkreis tut sein Möglichstes, die Mittel sparsam einzusetzen,** um den Gemeinden nicht vollends die Luft zum Atmen zu nehmen. Zusätzlich setzt der Landkreis die verbleibenden 2,5 Mio. Euro allgemeinen Rücklagen vollständig ein, um die Umlagerhöhung abzumildern.

Sehr geehrter Herr Pommerenke, sehr geehrter Herr Rogler, stellvertretend für die gesamte Verwaltung darf ich Ihnen den Dank unserer Fraktion aussprechen. Vielen Dank für die gewissenhafte Vorbereitung und die Zeit, die Sie sich für die Vorberatungen genommen haben.

Für die zukünftigen Verwaltungshaushalte wird es entscheidend sein, welche Ausgaben wir für Energie, Soziales und das Klinikum aufbringen müssen. Das Gros dieser Ausgaben wird bundespolitisch verantwortet. **Die Antwort auf steigende Kosten können dabei nicht immer noch mehr Förderprogramme und noch mehr Umverteilung sein.** Auch für die Landkreise sind verträgliche Ausgaben das A und O.

Als CSU-Fraktion ist es uns wichtig, dass der Haushalt dennoch wichtige Schwerpunkte setzt. Trotz der äußerst schwierigen Lage gelingt es, Investitionen im Vermögenshaushalt von 7,3 Mio. Euro zu tätigen. Alleine 4,4 Mio. Euro fließen in die Schulen. Freilich wäre es wünschenswert gewesen, wenn hier noch mehr möglich wäre und die anstehenden umfangreichen Baumaßnahmen etwa am Otto-Hahn-Gymnasium noch früher möglich gewesen wären. **Die Investition in die Schulen sind gut angelegtes Geld. Wir investieren damit in die Zukunft unserer Kinder.** In diesen Zusammenhang gehört auch die Sanierung der Dreifach-Sporthalle in Selb, für die wir dieses Jahr beinahe 3,5 Mio. aufwenden. Sie ist wichtig für den Schulsport und für die Vereine. Die unvorhergesehenen Schwierigkeiten bei

der Sanierung sind ärgerlich, aber es ist zumindest abzusehen, dass die Halle bis im kommenden Frühjahr fertig ist.

Bedeutend ist zudem die Kreisentwicklung. Wir haben Halbzeit in der jetzigen Wahlperiode. Eine gute Gelegenheit für Rück- und Vorschau. Gestartet sind wir 2020 mit einem Kreisentwicklungskonzept, das vielfältigste Bereiche abdeckte. Wir können feststellen, dass dieses Konzept derzeit umgesetzt und gelebt wird. Aus dem Programm Smart-City, über das 4,25 Stellen finanziert werden, sind zahlreiche konkrete Projekte hervorgegangen: Die Fichtelapp, die Bereitstellung der Daten für ein Ökoflächenmanagement im ganzen Landkreis, die Digitalisierung unserer ÖPNV-Angebote.

Kreisentwicklung funktioniert bei uns allen voran über Förderprogramme. In der Vergangenheit ist es gelungen, diese gezielt auszuwählen und für unseren Landkreis und seine Gegebenheiten nutzbar zu machen. Das geplante Flächenmanagement und die IDF funktionieren nur, weil bei uns Landkreis und Gemeinden Hand in Hand gehen. In anderen Landkreisen wäre das undenkbar. Das ist auch ein Verdienst der Kreisentwicklung und der starken Kampagne „Freiraum Fichtelgebirge“. **Im Fichtelgebirge reden wir nicht nur vom Zusammenhalt. Im Fichtelgebirge leben wir Zusammenhalt.**

Dennoch gibt es auch für die Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung noch viel zu tun. Wir sind bei der Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitsplätze noch lange nicht da, wo wir schon einmal waren. Der digitale Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft muss an ganz unterschiedlichen Stellen begleitet werden. Als Landkreis haben wir das Glück, bei dem Projekt „Resiliente Region“ dabei sein zu können. Immerhin fließen hier rund 370.000 Euro in den Landkreis, die der Wirtschaftsförderung zu Gute kommen. Das Thema Energieversorgung muss für uns als Landkreis noch wichtiger werden. Wir müssen überlegen, wohin wir als Landkreis wollen und wie wir unseren Unternehmen Versorgungssicherheit bieten können. Ein Baustein dazu ist sicher die angestoßene Wasserstoffstrategie.

Abschließend ist festzustellen, dass das vorgelegte Zahlenwerk einen **ausgewogenen Kompromiss zwischen Sparen und Investieren darstellt**. Wir müssen uns nicht neu verschulden und können die Erhöhung der Kreisumlage erträglich ausgestalten.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Für die CSU-Kreistagsfraktion  
Dr. Brodmerkel



**Rede der FW-Kreistagsfraktion am 08.05.2023**  
**zum Kreishaushalt 2023**  
**Dr. Klaus von Stetten, Fraktionsvorsitzender.**

**Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter der  
Kreisverwaltung,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,**

**wir werden heute über den Kreishaushalt 2023 abstimmen.**

**Wir haben heuer einen Haushaltsentwurf vorgelegt bekommen,  
der voraussichtlich genehmigungsfähig ist.**

**Möglich ist das, weil die Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr  
um 3,5 Prozentpunkte angehoben wird und viele Investitionen in  
die Folgejahre verschoben wurden.**

**Wir haben gar keine andere Wahl, als diesem Haushaltsentwurf  
zuzustimmen. Wer das nicht tut, muss einen konkreten  
Gegenvorschlag auf den Tisch legen. Und den gibt es aus unserer  
Sicht nicht.**

**Im Ergebnis heißt das, dass über die Hälfte aller Gemeinden und  
Städte im Landkreis keinen genehmigungsfähigen Haushalt  
aufstellen können werden. Und das, obwohl hier im Landkreis an  
allen Ecken und Enden gespart wird.**

**Fünf Monate vor den nächsten Landtagswahlen in Bayern stelle  
ich fest: Das Konzept zur Sanierung der Kommunen in den  
strukturschwachen Gebieten Bayerns hat zu kurz gegriffen und  
ist damit gescheitert.**

**Besonders ärgerlich ist für mich, dass wir trotz aller  
Anstrengungen nicht in der Lage sein werden die Zukunft unseres  
Klinikums zu sichern.**

**Es ist schon perfide, die Krankenhausdefizite von den Kommunen  
übernehmen zu lassen, bis diesen die Luft ausgeht.**

**Die Wahrheit zu den Plänen der künftigen Krankenhausfinanzierung in Deutschland erfahren wir nicht, die Aussonderung der kleineren oder aus Sicht der Bundesregierung zu vielen Häusern kommt durch die Hintertüre. Die Daseinsfürsorge für die Menschen vor Ort wird ausgehöhlt.**

**Was nützt uns ein moderner ÖPNV, wenn unsere Patienten in 60 bis 80 km entfernte Kliniken transportiert werden müssen. Mit dem ÖPNV werden sie diesen Weg nicht zurücklegen können.**

**Verehrte Kolleginnen und Kollegen,**

**Die Städte und Gemeinden in unserem Landkreis werden von der Staatsregierung angehalten, Stabilisierungshilfen zu beantragen. Der Anteil, mit dem wir dringend notwendige Investitionen tätigen dürfen, ist aber gleichzeitig so gering, dass wir fast alle Investitionen in die nächsten Jahre verschieben müssen und so einen gigantischen Investitionsstau aufbauen. Besonders grotesk wird das Ganze dann, wenn wir nicht einmal mehr in unsere gesetzlichen Aufgaben, wie zum Beispiel Kitas und Schulen investieren dürfen.**

**Sprechen wir es doch aus, wie es ist:**

**Der bayerische kommunale Finanzausgleich funktioniert nur bei den reicheren Kommunen, die ja in Bayern in der Überzahl sind. Bei uns jedenfalls nicht mehr.**

**Und die Hoffnung auf eine tragfähige Reform des Finanzausgleichs ist bei mir jedenfalls gering. Zu wenig ausgeprägt ist die Solidarität der finanziell gesunden Gemeinden mit den Nettleidenen.**

**Fünf Monate vor der Landtagswahl sind keine Lösungen für unser Dilemma in Sicht. Wir dürfen uns warm anziehen.**

**Dennoch gilt unser Dank für die konstruktive Zusammenarbeit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und hier insbesondere der Kämmerei.**

**Dank an Martin Rogler, der aus unserer Sicht Herrn Pommerenke sehr gut vertreten hat und das in schwierigen Zeiten.**

**Vielen Dank Herr Landrat für die konstruktive Atmosphäre, in der auch unterschiedliche Standpunkte stets ergebnisorientiert diskutiert werden können.**

**Die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag Wunsiedel wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen.**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**

**08.05.2023**

**gez.**

**Dr, Klaus von Stetten  
Fraktionsvorsitzender**



**Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Wunsiedel - 08. Mai 2023**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrter Herr Kämmerer und Herr Rogler,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Wir schreiben das Jahr 2023 im Smart City Landkreis Wunsiedel. Der Landkreis hat viele Fördermittel dafür erhalten. Auf der Webseite des Landkreises München findet man den Haushaltsplan seit 2014 frei zugänglich für jedermann. Auf der Webseite des Landkreises Wunsiedel nicht. Das sollte geändert werden.

Vielen Dank an die Kämmererei für die Bereitstellung des umfangreichen Zahlenmaterials und der Teilnahme an der Fraktionssitzung. Vielen Dank auch an meine Kolleg\*innen, die die Vor- und Zuarbeiten für diese Haushaltsrede geleistet haben. Die Zahlen im Haushaltsplan des Jahres 2023 machen leider nicht wirklich Vergnügen. Zur finanziellen Situation bleibt die Frage, was kann der Landkreis zukünftig noch machen, bzw. fördern, mit einem Haushalt, in dem es keine Rücklagen mehr gibt und auch in den weiteren Jahren nicht mehr geben wird.

*Der Verwaltungshaushalt schließt mit 124 Mio. (124.639.830) Euro, der Vermögenshaushalt mit 22 Mio. (22.278.864) Euro.*

*Die Kassenkredite werden auf 25 Mill. Euro festgesetzt.*

*Die Kreisumlage steigt von 46,40% im Jahr 2022 auf 49,9% im Jahr 2023, was eine Erhöhung um 3,5% und 7,5 Mio. Euro plus bedeutet.*

*Dazu kommen 1,6 Mio. Euro Bezirksumlage, 800.000 Euro Schlüsselzuweisungen, 1,1 Mio. Euro Tarifierhöhung.*

*Die Heizkosten sind im Haushalt 3-fach höher und die Stromkosten 1,5-fach höher veranschlagt. In den Schulen sind 200.000 Euro mehr Stromkosten und 1,4 Mio. Euro mehr Heizkosten eingerechnet.*

*Im Schülerwohnheim Wunsiedel wird ein Defizit von 90.000 Euro erwartet, das ist geringer als letztes Jahr, bei guter Auslastung.*

*Die Jugendhilfe hat ein Defizit von 1,1 Mio. Euro aus gestiegenen Kosten für Unterbringung, Heiz- und Stromkosten.*

*Dazu kommen 1,1 Mio. Euro Sozialleistungen für Flüchtlinge und Gesundheitskosten. Die Bereitschaft Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Syrien aufzunehmen, und damit humanitäre Hilfe zu leisten, wird jetzt von München bestraft, in dem man wegen angeblichen Zuzugs die Fördersätze von 90 auf 80 Prozent senkt, obwohl höhere Sozialkosten anfallen.*

*Die Radonberatungsstelle bekommt 56.000 Euro im Jahr, zukünftig werden das 86 000 Euro pro Jahr werden, bei einem Fördersatz von 90%.*

*Die Tourismuszentrale Fichtelgebirge bekommt 269.000 Euro pro Jahr.*

Das **Klimaschutzmanagement** bekommt 95.000 Euro pro Jahr bei 0% Förderung, wird also nur noch vom Landkreis finanziert und ist unbefristet bei der IDF angesiedelt. Das Konzept „Schwammstadt“, also der Schutz vor Starkregenereignissen wie im Ahrtal, ist darin nicht enthalten. Man könnte dieses Konzept aufgreifen und über den Landkreis den Bürgermeistern Unterstützung anbieten.

Die Planungen am **Kornberg** lehnen wir ab. Diese Planungen haben sich wegen Kontroversen mit dem Naturschutzgesetz vor Gericht wiedergefunden und durchlaufen deswegen aktuell eine zweite Umweltverträglichkeitsprüfung. Nach wie vor weigert sich die Kornberg-GmbH den Businessplan den Kreisräten zur Kenntnis zu geben.

Auch gilt für die Projekte im **Freiraum für Macher**, schön und gut, wenn es für alles Förderung gibt, aber bitte öfters eine Übersicht der ganzen (und auch der neuen) Projekte, und auch einen Bericht über Kosten und Nutzen, bzw. welche positiven Auswirkungen sich bei längeren Laufzeiten ergeben sollen.

Das **Klinikum Fichtelgebirge** hatte letztes Jahr bereits 7 Millionen Euro Zuschussbedarf. 2023 werden über 11 Millionen Euro erwartet und 2024 circa 13,5 Millionen. Es gibt keinen Plan B. Wenn sich nicht Finanzierungen aus München und Berlin auftun, wird der Landkreis das nicht lange durchhalten.

**Die Versorgung der Bevölkerung vor Ort muss aber gewährleistet bleiben, dafür haben wir Grüne im Kreistag uns immer eingesetzt.** Leider hat es das reiche Land Bayern in den vergangenen Jahrzehnten nie geschafft für Krankenhäuser auf dem Land Sicherheit zu schaffen.

Langjährige Versäumnisse im Gesundheitswesen, eine jahrzehntelang verfehlte Energiepolitik aufgebaut auf russischem Gas, für die jetzt alle den Preis bezahlen, und eine Pandemie, auf die man weder in München noch in Berlin vorbereitet war, sind schuld am finanziellen Zustand des Klinikums. Und nein, auch russisches Uran ist keine Lösung.

Der Landkreis Wunsiedel befindet sich schon seit sehr langer Zeit im Armenhaus von Bayern. München sah sich nie in der Pflicht Wunsiedel da herauszuholen. Der Landkreis Wunsiedel hat nie Rücklagen wie andere Landkreise bilden können.

Der Landkreis muss nun ein Klinikum mit zwei Häusern unterhalten, das im Jahr 2023 ein Defizit von über 11 Mio. zu verzeichnen hat, von dem wir „nur“ 2,3 Mio. im laufenden Jahr tilgen werden können. Mit dem Wissen, dass das Klinikum Fichtelgebirge mit Sicherheit im nächsten Jahr keine schwarzen Zahlen schreiben wird.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
ich nehme an, dass wir dem Haushalt zustimmen.

Stellungnahme der SPD- Kreistagsfraktion zum  
Haushaltsentwurf 2023 am 08. Mai 2023

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,  
lieber Herr Stefan Pommerenke für die Verwaltung,

wir verabschieden heute den Haushalt für das Jahr 2023. Die politischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten drei Jahren massiv verändert. Nach der langen Corona Zeit, die uns in den letzten Jahren beschäftigte, haben wir es heute mit einem noch anhaltenden Krieg in Europa zu tun, wir haben zu kämpfen mit einer hohen Inflation, wir haben zu kämpfen mit einer Energiekrise, die die Menschen im Land persönlich hart trifft, die aber auch vor allem unserer Wirtschaft sehr schadet.

liebe Kolleginnen und Kollegen,  
unter diesen Umständen verabschieden wir heute unseren Haushalt, der sicher auch geprägt von diesen Krisen ist.

Wir haben mit den Beratungen im Dezember begonnen und hier war noch davon auszugehen, dass wir die Kreisumlage um über 10 % Punkte erhöhen müssten. Wir konnten dies abwenden und haben einige Investitionen im Straßenbau und den Großteil des Defizits das unser Klinikum erwirtschaftet, in den Finanzplan für 2024 geschoben.

Die Hilfspakete der Bundesregierung kommen auch bei uns im Landkreis an, die Gas- und Strompreisbremse entlasten unseren Haushalt mit rund 2,3 Millionen Euro. Diese Entlastungen machen sich mit einer Reduzierung von über 2 Hebesatzpunkten bemerkbar.

Dank dieser Unterstützung und den Verschiebungen können wir heute einen Haushalt verabschieden, der eine Kreisumlagerhöhung von 3,5 Hebesatzpunkten vorsieht.

Diese Erhöhung trifft unsere Städte und Kommunen hart, denn auch sie haben mit der Energiekrise und den gestiegenen Ausgabekosten zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das exorbitante Defizit unseres Klinikum Fichtelgebirge prägt den Haushaltsentwurf. Es wird eine der großen Aufgaben in den kommenden Jahren werden, unser Klinikum fit für die Zukunft zu gestalten.

Die Bundesregierung plant derzeit eine Krankenhausreform. Kernaufgabe dieser Reform muss sein, die so genannten Fallpauschalen abzuschaffen.

Wir brauchen den notwendigen Finanzspielraum, um die medizinische Grundversorgung für unsere Menschen im Fichtelgebirge gewährleisten zu können.

Die Coronapandemie hat aufgezeigt, wie wichtig die medizinische Versorgung, auch am flachen Land ist und war. Diese Grundversorgung darf sich nicht am Gewinn orientieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der öffentliche Personennahverkehr hat in den vergangenen Wochen und Monaten einen zentralen Platz in der politischen Diskussion eingenommen. Die Bundesregierung hat das 49,-€ Ticket auf den Weg gebracht und beschlossen. Seit 1. Mai wird rege davon Gebrauch gemacht.

Wir haben im Landkreis unter der Überschrift „Fichtelverkehr“ weitere attraktive Angebote geschaffen. Mit dem Fichtel**Baxi**, dem Fichtel**Bus**, dem Fichtel**Flitzer** haben wir den Menschen im Landkreis Möglichkeiten geschaffen, möglichst flexibel und bedarfsorientiert den ÖPNV für sich zu nutzen.

Ich glaube, wir haben mit diesen Angeboten, die auch den Landkreis viel Geld kosten, den Anschluss an die Mobilität der Zukunft gefunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) wird unser Angebot in der Zukunft noch abrunden. Der Kreistag hat sich in der letzten Sitzung mit überwältigender Mehrheit für diesen entschieden, damit ging eine langjährige Forderung der SPD in die Umsetzung.

Neben dem ÖPNV setzen wir auf unser Radwegekonzept. Die teils schwierigen Grundstücksverhandlungen ziehen die Umsetzung in die Länge, die gestiegenen Baukosten und die finanziellen Rahmenbedingungen machen die Umsetzung in diesem Jahr leider nicht möglich.

Die SPD- Fraktion hält an dem Ausbauplan fest und wir sollten mit Nachdruck dieses Konzept in den nächsten Jahren zur Vollendung bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir investieren weiter in unsere Bildungseinrichtungen. Der Bau- und Schulausschuss konnte sich in der vergangenen Sitzung ein Bild von der Generalsanierung der Sporthalle in Selb machen. Eine Investition für unsere Schülerinnen und Schüler, aber auch für unsere Vereine.

Neben der Sporthalle in Selb, investieren wir auch in das Designstudio, die FOS in Marktredwitz, den Neubau der Sporthalle in Marktredwitz und in unsere Steinfachschule in Wunsiedel. Wir schaffen damit den Spagat zwischen Sparsamkeit und Investitionen in die Zukunft.

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich in den zurückliegenden Jahren wieder stark verändert.

Nach den Jahren des „es geht aufwärts“ müssen wir heute wieder eine Stagnation feststellen. Wenn ich von wir spreche, meine ich unsere Städte und Gemeinden. Die Haushaltsaufstellungen werden wieder schwieriger, die Fehlbeträge und damit die Schulden steigen.

Die Stabilisierungshilfen in der zurückliegenden Zeit haben unsere Schuldenlast enorm reduziert, jedoch die Kernursache, den Strukturwandel nicht.

Die Konsolidierungsaufgaben bremsen die Sanierungen von Straßen, Schulhäusern und kommunalen Einrichtungen.

Deshalb fordern wir weitere Unterstützung vom Freistaat Bayern.

Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen in Bayern muss mittelfristig ein Ende haben.

Die Kommunen sind der Grundstein unseres Staates. Die SPD fordere daher erneut, die Steuerverbundquote von derzeit 12,75 % auf über 15 % anzuheben. Wir brauchen mehr vom Kuchen, um unsere kommunalen Pflichtaufgaben, aber auch Investitionen in die Zukunft zu tätigen.

Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind ein Garant für die Sicherheit vor Ort, deren Finanzierungsbedarf hat sich aber in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Ansprüche und Vorschriften erhöht.

Auch hier muss der Freistaat Bayern mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen und wir müssen prüfen, ob beispielsweise Fahrzeuge die überörtlich im Einsatz sind, wie die Drehleitern, auch künftig interkommunal finanziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Einigkeit in den zurückliegenden Jahren hat uns stark gemacht. Wir sollten auch weiterhin ohne Parteibrille für unsere Fichtelgebirgsheimat arbeiten und auch gegebenenfalls kämpfen.

Der demografische Wandel und der damit verbundene Bevölkerungsrückgang ist unser Gegner, es wird und muss auch viele Kraftanstrengungen kosten, ihm entgegen zu wirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte es auch nicht versäumen, den Menschen in unseren Landkreis zu danken.

Den ehrenamtlich tätigen, die jede Woche bei der Tafel, im Sportverein, in den Kirchen, bei den Hilfsorganisationen, in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Seniorenarbeit und in der Bildungsarbeit ihren wertvollen Dienst verrichten.

Das Ehrenamt ist unbezahlbar und ist eine tragende Säule für unser Zusammensein.

Ich danke aber auch unseren Unternehmen und Mitarbeitern, die unsere Wirtschaft am Laufen halten.

Der gesetzliche Mindestlohn von 12 Euro, den die SPD auf den Weg gebracht hat, bringt allein im Landkreis Wunsiedel über 7.200 Menschen eine satte Lohnerhöhung und erspart womöglich den Gang zum Sozialamt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir danken auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen, insbesondere hier im Haus.

Der Fachkräftemangel schlägt auch hier zu und so muss auch oftmals über das normale Maß hinaus und mit Mehrarbeit verbunden, die Aufgaben bewältigt werden.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Pommerenke und Herrn Rogler für die Erstellung des Haushaltsplans und nicht zuletzt bei Ihnen, Herr Landrat und Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit.

Die SPD- Fraktion stimmt den Haushaltsentwurf zu.

Herzlichen Dank!

